

Wirklichkeit *anders* lesen – Worte zur Einleitung

Der vorliegende Sammelband geht zurück auf eine Internationale Forschungskonferenz mit gleichlautendem Titel, die von den HerausgeberInnen organisiert wurde und im Oktober 2019 in Innsbruck stattfand. Den Rahmen – sowohl für die Konferenz wie auch für den Band – bilden die Erkenntnisperspektiven des länderübergreifenden Forschungsprojekts »Political Literacy in der Migrationsgesellschaft. Eine ethnografische Studie der politischen Praxis in Schulen der Cities Berlin, Wien und Zürich«¹. Im Forschungsverbund dreier Hochschulen in Deutschland, der Schweiz und Österreich² interessieren wir uns für das praktische Tun der SchülerInnen in den Mikropolitiken des Klassenzimmers, für die politische Dimension des Sozialen im durch Migrationsgesellschaftlichkeit gekennzeichneten Schulkontext, schließlich und zentral für die sozialen und schulkulturellen (Ermöglichungs-)Bedingungen von politischer Literalität. Ziel des Projektes ist es, einen empirisch begründeten Beitrag zu einer kontextrelationalen Theoretisierung des Literacy-Begriffes zu leisten und so auch die Potentiale der Literacy-Debatte für die politische Bildung in der Migrationsgesellschaft auszuloten.

In der dem Leistungsparadigma unterworfenen politischen Bildung im schulischen Kontext ebenso wie in der Politikdidaktik zeigt sich nach wie vor eine Präferenz für abprüfbares, auf Kenntnisse über politische Institutionen und formale Abläufe reduziertes Wissen, das einem den einzelnen SchülerInnen zurechenbaren Plus oder Minus zugeführt werden kann. Dementsprechend gestaltet sich die

1 »Political Literacy in der Migrationsgesellschaft (PLiM)« ist ein von der Deutschen Forschungsgesellschaft (DFG), dem Österreichischen Wissenschaftsfonds (FWF) und dem Schweizer Nationalfonds (SNF) gefördertes D-A-CH-Projekt. Es erstreckt sich über drei Standorte und hat eine Laufzeit von drei Jahren (2018-2020/21). Die Konzeption und Herausgabe des vorliegenden Sammelbandes wurde vom Innsbrucker Standort aus bewerkstelligt und verdankt sich der Projektförderung des FWF.

2 Das D-A-CH-Projekt realisiert sich an den Universitätsstandorten Bielefeld, Zürich und Innsbruck. An der gemeinsamen Forschungsunternehmung beteiligt sind: Paul Mecheril mit Daniel Krenz-Dewe und Kaja Kroes – in einer ersten Projektphase auch Roxana Dauer (Bielefeld), Roland Reichenbach mit Mareike Tillack und Tanja Kaufmann (Zürich), Erol Yildiz und Michaela Ralser mit Oscar Thomas-Olalde und Lisa Gensluckner (Innsbruck).

weitgehend auf die Vermittlung von politischer Fach-, Sach- und Methodenkompetenz ausgerichtete LehrerInnenausbildung immer noch wie ein kleines politikwissenschaftlich-institutionenkundliches Studium im Schnelldurchlauf. Wo immer die Politische Bildung an einer politikwissenschaftlichen Fundierung ausgerichtet wurde, trat ein weites Politikverständnis, zumal mit emanzipatorisch gesellschaftsveränderndem Anspruch in den Hintergrund (vgl. Bremer/Gerdes 2012). Der Zielvorstellung eines mündigen, »politikkompetenten Staatsbürgers« verpflichtet, offenbart die bereits drohende Ermahnung an Schulen »Ihr seid ja nun bald wahlberechtigt!« eine bis heute ungebrochene Vernachlässigung migrationsgesellschaftlicher Bedingungen. In Österreich beispielsweise bleibt einem großen Anteil der Wohnbevölkerung im wahlfähigen Alter aufgrund eines restriktiven Staatsbürgerschaftsrechts ein mit – auch politischen – Rechten versehener Status und damit eine zentrale Möglichkeit politischer Teilhabe verwehrt. Dem jährlichen Anstieg der Wohnbevölkerung steht ein fortdauernder Rückgang der Wahlberechtigten gegenüber. Allein in Wien sind 440.000 Menschen im wahlfähigen Alter nicht wahlberechtigt (Valchars 2018: 13).

Zur dominanten nationalstaatlichen Rahmung politischer Bildung fügt sich ein methodologischer Individualismus (vgl. Wrana 2012), der das Individuum auf ein – vom Sozialen und Politischen isoliertes – individuelles Bündel an gewünschten Kompetenzen reduziert. Dies ignoriert nicht nur die auch an die soziale Position gebundene Möglichkeit, sich politisch einzubringen und Gehör zu verschaffen, mithin die in politische Handlungsfähigkeit eingelagerten sozialen Herrschafts- und symbolischen Machtverhältnisse; es befördert auch ein politisches Literalitätsverständnis »affirmativer Tendenz«. Politische Bildung zielt damit in der Praxis auf die Einübung in »das gute Funktionieren des Bestehenden« (Messerschmidt 2016: 419) und im Bestehenden. Der gelegentlich auch verzweifelte Ruf nach einem Mehr an politischer Bildung wird so autoritaristischen Tendenzen in Politik und Gesellschaft nur wenig entgegenzuhalten haben.

In solcherart politischer Bildung ist die Differenz zwischen Politik und dem Politischen (vgl. Marchart 2019) ausgeklammert, damit auch das produktiv nutzbare Spannungsverhältnis zwischen den beiden. Demgegenüber wird in den Traditionen kritischer politischer Bildung (vgl. Lösch/Thimmel 2011) einem anderen Verständnis des Politischen auch ein anderes Demokratieverständnis zur Seite gestellt: »Für die politische Bildung wäre es angemessen, zur Diskussion zu stellen, wo die demokratische Gesellschaft bereits an ihrem eigenen Anspruch scheitert, ohne Demokratie deshalb aufgeben zu können« (Messerschmidt 2016: 419). In diesem Sinne wäre weniger von Demokratie als vielmehr von Demokratisierung zu sprechen und auch ein anderer Kanon vermittlungswerten Wissens zu erstellen, der den Blick freigibt für das In-Erscheinung-Treten politischer Subjekte, die das Regime des Wahrnehmenbaren, des Gesehen- und Gehörtwerdens durcheinanderbringen und andere, dissidente politische Angelegenheiten auf die politische

Agenda setzen: politische Kämpfe und marginalisierte Anliegen – *andere* Lesarten der Wirklichkeit eben. Orte und Themen des Politischen und damit der politischen Bildung könnten sich vervielfältigen (vgl. Bargetz 2016: 84); Anlässe für politische Bildungsprozesse ließen sich dort finden, wo sie üblicherweise nicht vermutet werden, beispielsweise auch in den mikropolitischen Prozessen eines Klassenzimmers; Formen politischer Literalität als soziale Praxis in allen gesellschaftlichen Bereichen könnten sichtbar werden. Und auch Fragen wie »Wozu eigentlich Politik?«, »Warum Institutionenkunde?« und »Weshalb das Verstehen politischer Prozesse?« könnten vor diesem Hintergrund erst sinnvoll gestellt werden, da sie nicht als selbstverständliches Substrat politischer Bildung bereits vorausgesetzt werden. So nehmen grundlegende Überlegungen zum Politischen auch einen prominenten Raum in diesem Sammelband ein. Sie können als theoriepolitische Interventionen in das Feld der Politischen Bildung gelesen werden.

In Anlehnung an Paolo Freires Überlegungen zu Literalität und Literalisierungsprozessen kann auch der Titel dieses Sammelbandes als Einladung verstanden werden, Wirklichkeit aus einer macht- und herrschaftskritischen Perspektive zu lesen. Die vielgestaltige, kontextspezifische Verwobenheit von Literalisierung (verstanden als Erwerb von Schreib- und Lesefähigkeiten) und politischer Alphabetisierung – gebündelt in der Botschaft: »Reading the word means reading the world« (Freire 1985) – schließt explizit das gesprochene Wort (ebd.: 18) mit ein: »The spoken word too is our reading of the world« (ebd.: 18) und ist nicht nur auf das Lesen, sondern auch auf das Schreiben von Wirklichkeit, auf Re-Writing und damit insbesondere auf Transformation durch soziales Handeln bezogen – eine Dynamik, die Freire als Herzstück von Literalität im Rahmen eines emanzipatorischen, gesellschaftsverändernden Grundverständnisses markiert.

Erkundungen – Standpunkte – Perspektiven

Der vorliegende Sammelband ist in drei Abschnitte gegliedert. Die Erkundungen, Standpunkte und Perspektiven des ersten Abschnittes lassen in inhaltlich-methodologischer Hinsicht andere Denk- und Handlungsmöglichkeiten in den Blick geraten. Mit diesen Beiträgen wird eine alternative »Kartographie des Möglichen« (Erol Yildiz) jenseits der Dichotomisierung in Wir/Sie gezeichnet; sie stellen das zentrale Schlüsselproblem zur Diskussion, wie in der politischen Bildung mit der – dem methodologischen Nationalismus verhafteten – Verweigerung des Staatsbürgerschaftsstatus verantwortungsvoll umzugehen wäre (Rubia Salgado); und sie lenken den Blick in methodologischer Hinsicht auf neue, erkenntnisbringende Ansätze (Yalız Akbaba, Nadine Rose).

Zu den Beiträgen im Detail: Erol Yildiz eröffnet den Band mit einem programmatischen Text. Er entwirft eine Art *Topographie des Möglichen* und empfiehlt für

das Politische der Migrationsgesellschaft ihre postmigrantische Alphabetisierung. Vor dem Hintergrund einer Kritik am sogenannten Migrantismus – wie er die folgenreiche dualistische Unterscheidung der Subjekte in MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen in Politik und Forschung nennt – wirbt er für eine die hegemoniale Lesart von Migration irritierende Neueinstellung und damit mit Rancière für eine Störung des Repräsentationsregimes. Dazu resümiert er in knappen Zügen die Begriffsgeschichte des Postmigrantischen der letzten Jahrzehnte, empfiehlt eine Deutung des »Post-« entlang der Figur postkolonialer Ansätze und gibt eine Reihe anschaulichster Beispiele aktuell statthabender postmigrantisch inspirierter Interventionen: vom politischen Kabarett über das Theater und den Film bis hin zu Musik und Aktivismus. All diese Interventionen verbinde der Dissens, die Auflehnung gegen überzogene Bekenntniszwänge, Integrationsforderungen und Stigmatisierungen. Als Praktiken der Entidentifizierung eröffnen sie nicht nur den Individuen neue Subjekträume, sondern auch dem Politischen und der Politischen Bildung neue Einsätze zur gleichermaßen Entmigrantisierung wie Normalisierung der Migration in einem global-vielheitlichen Weltzusammenhang.

Rubia Salgado richtet in ihrem Beitrag den Blick auf Ausschlussmechanismen und Zugehörigkeitsordnungen, die mit dem Staatsbürgerschaftsstatus in Nationalstaaten einhergehen. Dem bedenklich großen, mit einer Demokratie prinzipiell unvereinbaren Anteil an Nicht-StaatsbürgerInnen werden u.a. formaldemokratische Partizipationsmöglichkeiten wie das Wahlrecht verweigert. Dieser strukturell bedingte und von der Politik zu verantwortende Ausschluss reproduziert sich in der Politischen Bildung, sofern sie an Staatsbürgerschaftskunde und dementsprechender Kompetenzvermittlung orientiert bleibt und solchen Ausschlüssen und Diskriminierungen mit Ignoranz oder De-Thematisierung begegnet. In Abgrenzung zu systemerhaltenden Zielorientierungen Politischer Bildung beschreibt die Autorin die Umrisse einer radikaldemokratischen Konzeption, die von der Vision einer »globalen Demokratie ohne Ausnahme« ausgeht. Politische Bildung in diesem Sinne erfordere u.a. die Anerkennung politischer Artikulations- und Handlungsfähigkeiten der Ausgeschlossenen im Wissen um bestehende Machtverhältnisse sowie einen selbstreflexiven Zugang von Lehrenden in Bezug auf ihre eigene Positioniertheit in der Gesellschaft und die damit verbundenen Privilegien.

Yalız Akbaba widmet sich in ihrem Beitrag einer politisch und erkenntnistheoretisch höchst aktuellen Frage: Wie kann (diskriminierungs-)kritische Forschung neo-autoritären, antipluralistischen und antiemanzipatorischen Tendenzen und Sprechpositionen, die sich selbst des Topos der Kritik bedienen, begegnen? Ein »Witz über Diversity« eines Kabarettisten und eine kritische Rückmeldung eines Studenten werden zum Anlass einer reflexiv-autoethnographischen Übung. Als LeserInnen dürfen wir Yalız Akbaba beim Nachdenken über die Möglichkeiten eines autoethnographischen Zugangs zur kritischen Forschung *live* zuhören. Eine spezifische Form politischer Literalität wird im Beitrag *by doing* exerziert. Dabei wird

das eigene Denken und Sprechen in seiner Eingebundenheit zum Gegenstand der kritischen Praxis gemacht, ohne auf den Anspruch auf Kritik zu verzichten. Der methodologische Vorschlag, die eigene Wissensproduktion machtkritisch zu verorten und zu dekonstruieren, eröffnet neue Perspektiven, das *Persönliche* und das *Politische* in ein spannungsreiches und gleichzeitig erkenntnisbringendes Verhältnis zueinander zu setzen.

Nadine Rose arbeitet in ihrem Beitrag Grundlinien der Analyse von Subjektivierungs- und Adressierungsprozessen in der Migrationsgesellschaft heraus und gibt einen Einblick in eigene, auf Bildungskontexte bezogene empirische Forschungsprojekte, der erahnen lässt, wie erkenntnisbringend diese Frageperspektive sein kann. Mit dem Titel ihres Beitrags – »Zu jemandem werden« – wird die »Frage nach dem *Werden* des Subjekts *als* Subjekt« in historisch wie situativ spezifischen Kontexten aufgeworfen. Sich selbst als Subjekt verstehen ist mit Handlungsfähigkeit verbunden und keineswegs eine selbstverständliche Art und Weise der Selbstauslegung. Als welcher jemand in Erscheinung zu treten je nach Subjektivierungsangeboten ermöglicht, erschwert oder verhindert wird, kann mit der Analyse von Adressierungen in konkreten Handlungsvollzügen als machtvolleres Geschehen ausgewiesen werden. In der Anerkennung und Anerkennbarkeit durch sozial Andere sind nicht unmittelbar reflexiv zugängliche »sedimentierte Normalitäten« und zugewiesene Positionen wirksam, die in Anrufungen eingelassen sind. Ihre Wirksamkeit entfalten implizite Normen erst über Wiederholung, beispielsweise in der Anrufung als Mädchen, als Geflüchteter oder als Schüler mit Migrationsgeschichte. Aufgrund der Handlungsfähigkeit der Subjekte eröffnet sich aber auch ein breites Spektrum an eigenen Positionierungen, Umdeutungen und Verschiebungen.

Das Politische und die politische Bildung

Der zweite Abschnitt widmet sich einer anderen Sichtweise auf Politische Bildung, die – informiert von der Unterscheidung zwischen Politik und dem Politischen – ebendiese Differenz in unterschiedlicher Form zum Ausgangspunkt nimmt. Die Beiträge dieses Abschnittes stellen Zugänge einer Verhältnisbestimmung von Sozialem, Politischem und (Politischer) Bildung zur Diskussion (Matthias Rangger, Roland Reichenbach); sie geben Denkanstöße entlang der von Jacques Rancière in die Debatte eingeführten Unterscheidung zwischen dem Politischen und einer auf politische Institutionen fixierten, postdemokratischen Verwaltung der allgemeinen Angelegenheiten – im Rancière'schen Sinne »Politik« versus »Polizei« (Tanja Kaufmann und Mareike Tillack); und sie vermitteln, am Beispiel Österreichs, einen Einblick in das heterogene Feld der politischen Erwachsenenbildung, das sich nicht zuletzt durch die jeweiligen Positionierungen im Hinblick auf diese politische Differenz diversifiziert (Martin Haselwanter).

Der Artikel von *Matthias Rangger* beginnt mit einem konkreten Beispiel. Dabei handelt es sich um eine »Grenzschutzübung«, die der damalige Innenminister und der damalige Verteidigungsminister, die beide der rechtspopulistischen österreichischen Partei FPÖ angehören, im Juni 2018 im Beisein von MedienvertreterInnen in Spielfeld an der österreichisch-slowenischen Grenze inszenierten. »Nie wieder 2015« war die Botschaft, die aus dieser medienwirksamen Inszenierung hervorging und die Wahrnehmung in der österreichischen Öffentlichkeit maßgeblich beeinflusste. Dieses Beispiel soll demonstrieren, wie politische Inszenierungen dieser Art mit medialen Bildern verwoben sind. Aus einer hegemonietheoretischen Perspektive wird der Frage nach einer grundlegenden politischen Dimension von Bildung nachgegangen. Mit Hilfe eines hegemonietheoretischen Ansatzes versucht der Autor, ein genaueres Verständnis der politischen Dimension von Bildung zu erarbeiten, das neue Ideen und Perspektiven hinsichtlich politischer Bildung in der Migrationsgesellschaft eröffnet. Um diesem Anliegen nachzugehen, wird zunächst ein allgemeiner Blick auf die Migrationsgesellschaftlichkeit geworfen. In einem weiteren Schritt wird der Versuch unternommen, ausgewählte Aspekte der hegemonietheoretischen Ideen von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe in eine politische Theorie migrationsgesellschaftlicher Wirklichkeit zu übersetzen. Darauf aufbauend wendet sich Rangger dann der politischen Dimension von Bildung zu, wobei er sich auf die Befragung und Modellierung der bildungstheoretischen Arbeiten Alfred Schäfers konzentriert, die er als einen sehr bedeutenden und fruchtbaren Beitrag zu einer hegemonietheoretischen politischen Theorie der Bildung ansieht. Für ihn vollzieht sich »Subjektivierung nicht nur relational, sondern immer in historisch und kontextuell spezifischen Macht- und Herrschaftsverhältnissen«, so die Gedanken des Autors.

Roland Reichenbach plädiert in seinem Beitrag für eine Unterscheidung der Sphären des Sozialen und des Politischen. Während laut Reichenbach das Soziale vom Miteinander ausgeht, auf Gemeinssinn orientiert ist und auf Kooperation setzt, ist das Politische von konflikthaften Interessenslagen bestimmt und auf die Konkurrenz von Lösungen sowie auf zeitlich begrenzte Aushandlung gerichtet. Auch die den beiden Feldern zuordenbaren Lernformen wären andere: Dem politischen Lernen gehe das soziale Lernen zwar voraus, letztlich aber seien beide von gänzlich anderer Qualität. Der Umstand ihrer gegenwärtigen Vermischung sei einerseits dem Mangel einer überzeugenden Bestimmung des Politischen geschuldet, andererseits einer zunehmenden Entgrenzung des Pädagogischen. Dass es lohnen kann, die Anstrengung der Unterscheidung zu unternehmen, zeigt der Autor eindrücklich und erinnert den/die LeserIn an eine ganze Reihe bewährter und neuer Unterscheidungsmittel. Denn es stehe viel auf dem Spiel: im Sinne Arendts der Verlust des politischen Raums, mithin der Gesellschaft, so sie als Gemeinschaft missverstanden wird, und schließlich, mit Rancière, auch der Demokratie, die das ist, »was die Gemeinschaft durcheinanderbringt«.

Tanja Kaufmann und *Mareike Tillack* arbeiten in ihrem Beitrag Grundgedanken des französischen Philosophen Jacques Rancière heraus, die zum Verständnis des Politischen wichtige Denkanregungen liefern. Vor dem Hintergrund seiner Unterscheidung zwischen ›Politik‹ (im Sinne des Politischen) und ›Polizei‹ (im Sinne dessen, was unter gegenwärtigen, postdemokratischen Verhältnissen unter Politik im institutionellen Sinne verstanden werden könnte) fokussieren die Autorinnen die ästhetisch-sinnliche Dimension von Politik; ins Zentrum gerückt wird damit die für eine emanzipative »Politik von unten«, für politische Subjektwerdung und Partizipation entscheidende Frage, wer überhaupt als politisches Subjekt wahrgenommen, wessen Stimme als sinnhafte Rede gehört wird und wessen politische Anliegen vernehmbar sind. Aufgrund des Unvernehmens von Botschaften, individuell Handelnden und politischen Bewegungen, auf das Rancière mit radikaler Gleichheit kontert, werde Unrecht genau dann sichtbar, wenn ausgeschlossene ›Anteilslose‹ auf der politischen Bühne in Erscheinung treten; dieses Unvernehmen begründe somit Streit und Kampf als Moment des Politischen. Mit einer den Philosophen herausfordernd-befragenden Haltung, die Raum für Ambivalenzen und nicht zu Ende Gedachtes offen lässt, laden die Autorinnen zum Weiterdenken ein – auch zu einer Übersetzungsarbeit, mit der das Rancière'sche Politikverständnis in bildungstheoretischer Hinsicht für Politische Bildung zum Einsatz gebracht werden könnte.

Martin Haselwanter gibt in seinem Beitrag Einblicke in die politische Erwachsenenbildung in Österreich, die von Diversität geprägt ist. Er interpretiert die Vielfalt als Ausdruck unterschiedlicher politischer Positionierungen in der demokratischen Auseinandersetzung. Zentrales Erkenntnisinteresse ist es, die Diversität der AnbieterInnen und Institutionen und die daraus resultierenden Konsequenzen darzulegen. Nachdem sich Haselwanter zunächst mit politischer Bildung im Allgemeinen und mit politischer Erwachsenenbildung im Besonderen auseinandergesetzt hat, wird im dritten Schritt das gesamte Feld differenziert und systematisch dargestellt. Nach der überblicksartigen Darstellung verschiedener Praxisfelder der politischen Bildung wird der Versuch unternommen, die charakteristischen Merkmale der politischen Erwachsenenbildung in Österreich zu skizzieren und Schlussfolgerungen zu ziehen, die sich aus der herausgearbeiteten Diversität des Feldes der politischen Bildung ergeben. So unterschiedlich, wie Ideen von Mündigkeit und daraus resultierendem Engagement in einer Demokratie sein können, so unterschiedlich ist auch die politische Bildung im außerschulischen Kontext, lautet die Grundeinsicht des Beitrags.

Das Politische und die Schule: Mikropolitische Analysen

Der dritte Abschnitt bietet eine Reihe von empirischen Analysen, die sich den mikropolitischen Prozessen (Alex Demirovic) in der Schule widmen. Herausgearbeitet werden der hegemonialen Differenzierungsordnung geschuldete Adressierungspraktiken, aber auch Widerstände und Umwendungen seitens der SchülerInnen (Michaela Ralser und Lisa Gensluckner, Oscar Thomas-Olalde) sowie politische Artikulationen unter ›riskanten Bedingungen‹ (Daniel Krenz-Dewe und Paul Mecheril); mit einem instruktiven Blick auf die verschiedenen Dimensionen des Begriffs der Literalität endet dieser Abschnitt (Nadja Kerschhofer-Puhalo).

Alex Demirovic widmet sich der Mikropolitik des Klassenzimmers. Er tut dies, indem er die ihm etwas zu groß geratenen Begriffe der Politischen Theorie – vom Politischen über die Demokratie und die Politische Bildung – auf die anschaulichste Weise kleinarbeitet, sie gegeneinander abwägt und schließlich dahingehend befragt, wie zu ihnen überhaupt ein pädagogisches Verhältnis gewonnen werden kann. Dass die demokratische Schule, an der alle ihren Anteil haben, in der alle sprechen und gehört werden können, nicht existiert, mag vor dem Hintergrund der die Schule anordnenden Klassenstrukturen und der ihr eigenen Selektionsfunktion kaum verwundern. Allerdings teile sich auch im Unterricht das Wichtigste des demokratischen Prozesses – die lebendige Erfahrung desselben – nicht ohne Weiteres mit. Jedenfalls nicht, solange das Klassenzimmer nicht selbst als politischer Ort begriffen wird, der nicht nur gesellschaftliche Spannungsverhältnisse spiegelt und vermittelt, sondern auch zu ihrer demokratischen Aushandlung beitragen kann. Demirovic endet mit dem Plädoyer, Demokratie an der Schule als umfassende Praxis zu verstehen, die durch die in ihr sich vollziehenden Mikropolitiken selbst veränderbar ist.

Die Untersuchung von ethnographisch dokumentierten Praktiken der Adressierung und Re-Adressierung an einer Wiener Mittelschule ist die Grundlage des Beitrags von *Lisa Gensluckner* und *Michaela Ralser*. Die Autorinnen schlagen, und wir denken mit Gewinn, die Bündelung und Kennzeichnung dieser Praktiken als systematische Praxen der Familialisierung, Disziplinierung und Illiteralisierung vor. Das ermöglicht ihnen ein Subjektivierungsregime zu konturieren – jenes der deprivilegierten und deprivilegierenden Beschulung. Wenn Gensluckner und Ralser »Brennpunktschule« schreiben und dann durchstreichen, so ist diese Intervention absichtsvoll wie begrifflich und epistemologisch weiterführend. Die Autorinnen gehen exemplarisch den Mechanismen des *Doing Brennpunktschule* auf den Grund und machen nachvollziehbar, wie dominante Vorstellungen von schulischer Normalität soziale Interaktionen modellieren, indem bestimmte Subjektpositionen zugewiesen werden. In diesem Rahmen werden (schuloppositionelle) Praktiken von SchülerInnen beleuchtet. Fernab von einer Idealisierung derselben als widerständige Praxen arbeiten Gensluckner und Ralser Momente der literaten

Handlungsfähigkeit heraus – heterogene Praxen eines möglichen *Undoing Brennpunktschule*.

Oscar Thomas-Olalde fragt in seinem Beitrag nach Zugehörigkeitsordnungen, die aufgerufen werden, wenn ›Integration‹ und ›Diversität‹ als programmatische Leitbilder einen einzelschulischen Kontext charakterisieren. In seiner dichten Analyse von zwei Sequenzen aus der ethnographischen Beobachtung wird sichtbar, wie ambivalent das Sprechen über Zugehörigkeit sein kann, wenn sich Schule als Ort von Diversität und gelingender Integration repräsentiert. Vor dem Hintergrund einer aufschlussreichen Dechiffrierung beider Leitbilder richtet der Autor den Blick auf den Artikulationsraum, der die Handlungsfähigkeit der SchülerInnen einrahmt, sowie auf ihre (politisch literaten) Selbstpositionierungen im Zuge der Aufforderung, zu Fragen der Zugehörigkeit Stellung zu nehmen. Von besonderem Interesse ist hierbei auch die Frage, wie in diesem machtvollen Kommunikationsraum Selbstpositionierungen von SchülerInnen (dis-)qualifiziert und welche Zugehörigkeits- und Anerkennungserfahrungen dadurch vermittelt oder verunmöglicht werden.

Der Beitrag von Daniel Krenz-Dewe und Paul Mecheril konzentriert sich auf Ereignisse in einer Berliner Schule, die von den beteiligten AkteurInnen als »Regelverstoße« betrachtet und thematisiert wurden. Dabei geht es um die Bearbeitung von »Konflikten«, an denen nicht nur die 14- bis 15-jährigen SchülerInnen und einige LehrerInnen, sondern auch die Schulleiterin und zwei Schulsozialarbeiter beteiligt waren. Aus einer hegemonietheoretisch inspirierten Perspektive werden die Interaktionen der AkteurInnen als ein Agieren in ungleichen, hierarchisch strukturierten, aber nicht determinierten Kräfteverhältnissen interpretiert. Die Autoren gehen davon aus, dass die Schulordnung von bestimmten Formen der Zustimmung seitens der SchülerInnen abhängt. Dieses Moment verweise darauf, dass auch für die SchülerInnen ein gewisser Spielraum besteht, auf die jeweilige Schulsituation gestaltend Einfluss zu nehmen. Die Reflexion über diesen Spielraum ist Gegenstand dieses Textes. Das Sprechen und Handeln der SchülerInnen wird als ein politisches Sprechen unter riskanten Sprechbedingungen verstanden. Was das genau bedeutet, wird in dem Artikel Schritt für Schritt diskutiert und theoretisch kontextualisiert. Dabei geht es insbesondere um den Zusammenhang von Kräfteverhältnissen und politischer Artikulation vor dem Hintergrund eines hegemonietheoretisch informierten Interesses, die Schule als politischen Raum zu analysieren. In der Schule als sozialem Raum, so argumentieren die Autoren, entsteht das Politische, wenn die durch ungleiche Kräfteverhältnisse hergestellten Ordnungen als solche durch politisches Sprechen sichtbar gemacht und bestritten werden und die Kontingenz ihrer Legitimität thematisiert wird. Im Anschluss an diese Überlegungen wird die Frage diskutiert, inwieweit die Handlungs- und Durchsetzungsfähigkeit der SchülerInnen in ungleichen und umkämpften Kräfteverhältnissen, die in

ihrem politischen Sprechen sichtbar werden, als Ausdruck von Political Literacy verstanden werden kann.

In den vorwiegend englischsprachigen Arbeiten der *New Literacy Studies* entwickelte sich seit den 1980er Jahren eine Forschungsperspektive zum Thema Literacy, die den Fokus auf Aspekte des sozialen Handelns (*literacy as social practice*) legt. *Nadja Kerschhofer-Puhalo* gibt in ihrem Beitrag Einblicke in das weite und vielfältige Feld der *Literacy Studies*, der *Pädagogik der Multiliteracies* und der *Critical Literacy* und beleuchtet wesentliche Bedeutungskomponenten des Begriffs »Literacy«: die sozio-kulturelle und pädagogisch-didaktische Dimension, die den Fokus auf den sozialen Handlungscharakter von Literalität legt, die diskursive und ideologische Dimension, um den ungleichen gesellschaftlichen Status verschiedener Formen von Literalität aufzuzeigen, die multimodale sowie die technologische und die ethische Dimension von *Digital Literacy* und schließlich die kritische Dimension, die Lesen als Prozess des *meaning-making* und Literalität als Form der aktiven Auseinandersetzung mit Texten und als Chance zur Transformation von Texten, ihren LeserInnen und der Welt versteht.

Wir danken allen AutorInnen für ihre Beiträge und Margret Haider für das sorgfältige Lektorat und die Manuskriptbearbeitung.

Innsbruck im Juni 2021

Lisa Gensluckner – Michaela Ralser – Oscar Thomas-Olalde – Erol Yildiz

Literatur

- Bargetz, Brigitte (2016): Ambivalenzen des Alltags. Neuorientierungen für eine Theorie des Politischen. Bielefeld.
- Bremer, Helmut/Gerdes, Jürgen (2012): Politische Bildung, in: Ullrich Bauer/Uwe H. Bittlingmayer/Albert Scherr (Hg.): Handbuch Bildungs- und Erziehungssoziologie. Wiesbaden, 683-701.
- Freire, Paulo (1985): Reading the World and Reading the Word. An Interview with Paulo Freire, in: *Language Arts* 62 (1), 15-21.
- Lösch, Bettina/Thimmel, Andreas (Hg.) (2011): Kritische politische Bildung. Ein Handbuch. Schwalbach a.Ts.
- Marchart, Oliver (2019): Die politische Differenz. Berlin.
- Messerschmidt, Astrid (2016): Politische Bildung, in: Paul Mecheril (Hg.): Handbuch Migrationspädagogik. Weinheim, 418-432.
- Valchars, Gerd (2018): Über die wachsende Wahlrechtslücke, die uns alle betrifft, in: *Stimme. Zeitschrift der Initiative Minderheiten* 108, 11-13.

Wrana, Daniel (2012): Den Diskurs lernen – Lesarten bilden. Die Differenz von Produktion und Konsumption in diskursiven Praktiken, in: Rainer Keller/Werner Schneider/Willy Viehöver (Hg.): Diskurs – Macht – Subjekt. Wiesbaden, 229-245.

